

Fairness – mehr wird nicht verlangt

Von Ellen Wietstock

Nach der Sommerpause melden sich die Kinobetreiber als erste Gruppe zu Wort, um das Ruder in Sachen Novellierung des Filmförderungsgesetzes noch einmal grundsätzlich herumzureißen. Viel Zeit bleibt nicht mehr, denn für den 15. Oktober ist eine Anhörung angesetzt, und zum 1. Januar 2004 soll das neue FFG bereits in Kraft treten.

Was die im Hauptverband deutscher Filmkunsttheater (HDF) organisierten Kinobetreiber auf die Barrikaden bringt, ist die Ungleichbehandlung der Kino- und Videowirtschaft mit dem Fernsehen. Vor dem Grundgesetz mögen alle gleich sein – vor dem Filmförderungsgesetz keineswegs, denn während die Kinos in dem FFG-Entwurf nicht nur mit einer Erhöhung der Filmabgabe belegt werden, zu der sie zwangsverpflichtet sind, legen die öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender ihre Filmabgabe selbst fest – und neuerdings nicht mehr in Form von finanziellen Beiträgen, sondern teilweise durch Sachleistungen. Der HDF hat jetzt ein Gutachten in Auftrag gegeben, das klären soll, inwieweit die FFG-Novelle gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt.

Alle vier Jahr entbrennt dieser Streit: Einerseits legt der Gesetzgeber die Verpflichtung zur FFA-Filmabgabe bei den Kinos recht großzügig aus – sie reicht von den nichtgewerblichen Abspielstellen bis zu den Pornokinos (gegen diese Regelung pflegte Beate Uhse regelmäßig gerichtlich vorzugehen – ohne Erfolg). Das Fernsehen dagegen bleibt ungeschoren.

Einer gesetzlichen Festlegung ihrer Abgabepflicht sind die Fernsehanstalter allerdings durch einen klugen Schachzug zuvorgekommen. Ein Blick in filmpolitische Aufsätze zeigt, daß das von Fernsehintendanten und FFA-Vertretern 1974 ausgehandelte erste Film/Fernseh-Abkommen von allen Experten als eine aus "präjudiziellen Gründen" (Horst von Hartlieb) zustandegekommene Vereinbarung eingeschätzt wird. Zu diesem Zeitpunkt machte das Kino gerade eine "Pause in Filmkultur" – so sah es jedenfalls der ehemalige ZDF-Programmdirektor Heinz Ungreit. Zur Erinnerung: In den Kinos wurde zu dieser Zeit unterm Dirndl gejodelt, und der junge deutsche Film stand in den Startlöchern. Ob Zufall oder nicht, jedenfalls bezieht das Fernsehen den qualitativen Sprung des deutschen Films Mitte der 70er Jahre direkt auf sich und seine Kooperationsbereitschaft mit der Filmbranche. Das Film/Fernseh-Abkommen bestand bis 1995, danach verschafften sich die Sender nicht nur mit wenigen Mitteln viel Einfluß bei den Länderförderungen, sondern langten vor allem kräftig nach den öffentlichen Fördertöpfen. Die freiwillige Abgabe von ARD und ZDF an die FFA betrug in den vergangenen Jahren zusammen pro Jahr rund 20 Millionen Mark. Zum Vergleich: Von 1974 bis 1979 lag der Beitrag der öffentlich-rechtlichen Sender bei rund neun Millionen Mark jährlich.

Freilich war die Einsicht des Fernsehens, als Nutzer von Spielfilmen seinen Beitrag zur Produktion von Kinofilmen zu leisten, keineswegs karitativ geprägt, sondern resultierte nach Einschätzung des früheren Programmdirektors der ARD, Hans Abich, "aus der entschiedenen Abneigung der Fernsehanstalten, sich vom Staat eine geplante Zwangsabgabe an die Filmwirtschaft beschere zu lassen." Damals beabsichtigten die Fernsehanstalten,

gegen eine solche im Gesetzentwurf vorgesehene Zwangsabgabe verfassungsrechtlich vorzugehen. Schon zu diesem Zeitpunkt gab es Gutachten, die für eine Verfassungsmäßigkeit einer im FFG verankerten Filmabgabe der Fernsehsender sprachen, und Gegengutachten, die den Gesetzgeber aufgrund der Länderkompetenz für nicht zuständig erklärten.

Vor dem Hintergrund, daß das Fernsehen längst zum Staat im Staate geworden ist, mag man nicht mehr an eine faire Lösung glauben, vielmehr diktieren die Sender den Verhandlungspartnern ihre Bedingungen. Auch die Staatskulturministerin Christina Weiß scheint in ihrer Rolle als Mediatorin an ihre Grenzen zu stoßen. Warum nicht eine Verfassungsklage, die gute Aussichten auf Erfolg hat?